Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1918

9 (7.1.1918) Mittagsblatt

Visual Library

Badische Landeszeitung

Täglich zwei Ausgaben (mittags und abends)

Ausgaben Wöchentlich zwölfmal. — Bezugspreis: Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen Mk. 4.05, monatlich Mk. 1.35, in das Haus gebracht Mk. 4.35, monatlich Mk. 1.45, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr Mk. 4.05 gegen Vorausbezahlung.

Anzeigengebühr: Die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., Reklamezeile 60 Pf., hierauf 10% Teuerungszuschlag, Rabatt nach Tarif.

Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Hirschstraße 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.

Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walther Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Lokalnachrichten, Gerichtssaal, Sport, Handel und letzte Drahtberichte Karl Binder; für Reklamen und Anzeigen Mathilde Schuhmann; sämtliche in Karlsruhe.

Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 1/2 10—1/2 11 Uhr, nachmittags 1/2 5 bis 1/2 6 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 400.

Rotationsdruck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Hirschstr. 9, Karlsruhe.

Nr. 9 — 77. Jahrgang. — Karlsruhe, Montag, 7. Januar 1918 — 77. Jahrgang. — Mittagsblatt.

Lloyd Georges über Englands Kriegsziele.

Erledigung der Brest-Litowsker Zwischenfälle. — Rücktritt Brantings.

Der deutsche Tagesbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 6. Jan. (Amtlich.)

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Die Feuertätigkeit blieb meist gering. Sie steigerte sich vorübergehend an verschiedenen Stellen der Front im Zusammenhang mit Erkundungsgefechten.

Französische Vorstöße in der Champagne wurden im Nahkampf abgewiesen. Bei Juvincourt und nordwestlich von Avocurt brachten eigene, nach Feuervorbereitung durchgeführte Unternehmungen ebenso wie ein überraschender Einbruch in die feindlichen Linien westlich von Bezonvaux zahlreiche Gefangene und einige Maschinengewehre als Beute ein.

Im Walde von Ailly versuchten die Franzosen zweimal vergeblich in unsere Gräben einzudringen.

*

Am 4. und 5. Januar wurden im Luftkampfe und von der Erde aus

15 feindliche Flugzeuge und 4 Fesselballons abgeschossen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front

Die Lage ist unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Beiderseits der Brenta, im Tombagebiet und am Montello zeitweilig Artilleriekampf.

*

Der deutsche Abendbericht.

WTB. Berlin, 6. Jan., abends. (Amtlich). (Erhöhte Gefechtstätigkeit an der flandrischen Front, südlich von der Scarpe und auf dem Westufer der Mosel.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

WTB. Wien, 6. Jan. Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Waffenstillstand.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf der Hochfläche von Asiago, im Gebiete des Monte Asolone, des Monte Tomba und des Montello entwickelten sich zeitweilig Artilleriekämpfe.

Der Chef des Generalstabes.

Feindlicher Flieger-Angriff.

WTB. Karlsruhe, 6. Jan. (Amtlich.) In den frühen Morgenstunden bewarfen heute feindliche Flieger wiederum Mannheim, Ludwigshafen, Offenburg und Freiburg mit einigen Bomben. Der angerichtete Sachschaden ist gering. Eine Person wurde getötet, 3 verletzt.

Neue U-Bootserfolge

WTB. Berlin, 5. Jan. (Amtlich.) Kühnes Draufgehen unserer U-Boote bei stärkster feindlicher Gegenwehr hat unseren Feinden wiederum den Verlust von 22 000 Brutto-Registertonnen eingetragen.

Dreigroße Dampfer fielen den Torpedos im Aermelkanal zum Opfer. Eines der Schiffe war ein tief beladener, ostwärts steuernder, großer Tankdampfer. Er sank binnen 40 Sekunden.

Von den übrigen Schiffen konnte eines als der bewaffnete englische Dampfer „Polwarth" (3146 Tonnen) festgestellt werden. Das Schiff war mit wertvoller Eisenerz- und Phosphor-Ladung nach England bestimmt.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

* * *

Weitere Ereignisse zur See.

WTB. Bern, 6. Jan. Nach Mitteilungen des portugiesischen Konsuls in Mafra wurde der portugiesische Dampfer „Tunkui", (frühever deutscher Dampfer „Ziethen"), 8021 Bruttoregistertonnen, im Mittelmeer versenkt.

Große Veränderungen in der englischen Admiralität.

)(Berlin, 7. Jan Aus dem Haag wird dem „Berl. Lokalanzeiger" mitgeteilt: Nach der „Morning Post" stehen im Oberkommando der englischen Flotte wiederum einige Veränderungen bevor. Im ganzen sollen sieben Admirale und Vizeadmirale entlassen werden. Man glaubt, daß in dem Oberkommando der französisch-britischen Mittelmeerflotte ein Wechsel erfolgen wird.

Rücktritt Brantings.

WTB. Stockholm, 5. Jan. Nachdem der Minister und Chef des Finanzdepartements, Hjalmar Branting, infolge beglaubigter Krankheit um die Entlassung aus seinem Amte ersucht hat, hat der König den Minister Branting seines Amtes enthoben und den Bevollmächtigten der Reichsbank, den sozialistischen Abgeordneten Thorsson zum Minister und Chef des Finanzdepartements ernannt. — (Mit Branting scheidet die stärkste Stütze der Entente aus dem schwedischen Ministerium.)

Kaiser Karl besucht den Sultan.

(!) Berlin, 7. Jan. Kaiser Karl wird sich, der „Voss. Ztg." zufolge, in der nächsten Woche zum Besuche des Sultans nach Konstantinopel begeben.

Brest-Litowsk.

* Die Schwierigkeiten, die die Verhandlungen von Brest-Litowsk störten, scheinen nun doch nicht so erheblicher Art zu sein, wie einige hypernervöse Blätter, die bereits von einem Abbruch der kaum angeknüpften Beziehungen sprachen, annehmen zu müssen glaubten. Der fast unnatürlich glatte Verlauf, den die Friedensbesprechungen bisher genommen hatten, hatte uns etwas verwöhnt, er hat in vielen Köpfen Hoffnungen erweckt, die weit über das Mögliche hinausgingen. Wir dürfen nie vergessen, daß ein Krieg, der dreieinhalb Jahre gedauert, und der so gewaltige Veränderungen auf der Landkarte hervorgerufen hat, nicht in wenigen Tagen liquidiert werden kann und noch dazu so, daß sich irgendwie erhebliche Unterschiede in der Denkart der Verhandelnden nicht gezeigt hätten. Derartige Zwischenfälle, wie wir sie jetzt erlebt haben, müssen jedesmal in dem Augenblick eintreten, in dem die russischen Unterhändler oder die hinter ihnen stehenden Kreise, beeinflußt durch die in Petersburg noch immer sehr rührigen Agenten der Entente, die tatsächliche Lage der Dinge nicht mehr richtig erkennen, in dem sie vergessen, daß die Russen die Besiegten und die Mittelmächte die Sieger sind.

Wie der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Frhr. von dem Bussche am Samstag im Hauptausschusse des Reichstages mitteilte, haben sich die russischen Delegierten, die ihre bekannten Forderungen und Abiagen von Petersburg an die Mittelmächte richteten und dadurch vielfach den Eindruck erweckten, als ob für sie die Verhandlungen in Brest-Litowsk vorläufig beendet wären, nun doch entschlossen, sich wieder an den früheren Verhandlungsort zu begeben. Sie kommen aber diesmal nicht allein. Wie das Telegramm vom Samstag ausdrücklich hervorhebt, wird mit den Delegierten auch der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, der vielgenannte Herr Trotzki, in der wolhynischen Festungsstadt eintreffen. Das scheint uns ein weiterer Beweis dafür zu sein, daß die russische Regierung entschlossen ist, die Friedensverhandlungen mit allem Ernst und allem Nachdruck fortzusetzen. Neben Lenin, dem eigentlichen Haupt der Bolschewiki, ist Herr Trotzki die hervorragendste und einflußreichste Persönlichkeit der gegenwärtigen Machthaber in Petersburg. Seine Teilnahme an den kommenden Besprechungen bietet zum mindesten eine Gewähr dafür, daß die Abmachungen, die jetzt in Brest-Litowsk getroffen werden, in Petersburg nicht einfach auf die Seite geschoben, umgedeutet oder gar so in ihr Gegenteil verkehrt werden können, wie dies tatsächlich der Fall war.

In dem Telegramm aus Petersburg wird dann ferner noch der Ansicht Ausdruck verliehen, daß die Verlegung der Verhandlungen auf neutrales Gebiet dem erreichten Stand der Verhandlungen entspreche. Aus dieser nicht ganz klaren Bemerkung scheint soviel hervorzugehen, daß die Russen den Stand der Verhandlungen trotz allem als günstig ansehen und daß sie auf Grund dieser Auffassung immer noch die Hoffnung hegen, daß aus den Friedensverhandlungen zwischen Rußland und dem Vierbund doch noch ein allgemeiner Friede hervorgehen könnte. Es wird die Aufgabe unserer Vertreter in Brest-Litowsk sein, Herrn Trotzki und seinen Kollegen die Aussichtslosigkeit dieser Hoffnung klar zu machen. Die feindlichen Westmächte haben die weiß Gott reichlich bemessene zehntägige Frist, in der sie zu den Brest-Litowsker Verhandlungen Stellung nehmen konnten, ungenützt verstreichen lassen.

Sylvias Ehe.

Roman von Erika Grupe-Lörcher.

(52) (Nachdruck verboten.)

Als sie die Tür öffnete und leise wieder schloß, befand sie sich in einem ziemlich großen Raum. Der Schein einer armseligen Kerze verlieh dem Zimmer ein zitterndes Halbdunkel. In einer Ecke in der von breiten Palmblättern und Bambusstauden geflochteten Wand kauerten mehrere Malayen, die Ignatios Trupp anzugehören schienen. Sie flüsterten miteinander und verstummten jedesmal, wenn aus dem einen Winkel des Raumes ein schmerzhaftes Stöhnen klang. In zitternder Angst ging Sylvia leise näher und erblickte Ignatio auf elenden Decken und Lumpen liegen.

Sie kniete neben ihm nieder und rief leise seinen Namen. Da wandte er den Kopf und starrte sie einen Augenblick an, als ob er sich im Halbdunkel überzeugen müsse, daß sie selbst es war, kein Phantom.

„Ich bin gekommen, um Sie und meinen Mann zu holen — drunten am Pasig liegt ein Boot, und wir werden Sie in Ihren Qualen voller Liebe pflegen —"

„Nach Manila zurückkehren?" fragte er schwach. „Sennora Sylvia, die Spanier werden mich greifen, wo sie es vermögen —"

„Wir werden uns nicht nehmen lassen, unseren schwerkranken Freund zu pflegen, ganz still und ungesehen werden wir Sie zurückführen — und keine Hand eines Spaniers soll sie berühren —"

Er sah sie an mit tief eingesunkenen Augen, mit einem Blick, in dem schon ein qualvolles Sterben lag. Sie konnte ihn hier nicht sterben lassen, in dieser dumpfen, dunklen Hütte — sie konnte ihn hier nicht verlassen, wo Herbert so schnell wie möglich in die Behandlung eines Arztes sollte!

Sie erhob sich, um ihnen Aufbruch zu beschleunigen. „Was tust du da?" fragte sie einen der Malayen, der das einzige Fenster, das der Raum bot, mit Papier und Lappen verdeckte, und auch bei ihrem Eintritt die Tür sogleich leise zugezogen hatte. Er wandte sich um und sah Sylvia einen Augenblick ernst, fast traurig an. Dann flüsterte er leise, damit Ignatio es nicht hören sollte: „Ich verschließe alle Löcher und Fenster, damit Patianac nicht hereinkommen kann —"

„Wer ist Patianac?"

„Der böse Geist, der immer kommen will, wenn einer im Sterben liegt —, er schlüpft durch Fenster und Türen und setzt sich den Kranken auf die Brust und quält sie; und jetzt hefte ich noch dieses Heiligenbild, das der Pfarrer gesegnet hat, ans Fenster, dann kommt Patianac nicht herein, und unser Herr findet Ruhe." —

Dabei knüpfte er ein kleines, auf Samt gemaltes Muttergottesbild von einer Schnur los, die er um den Hals trug, und wollte es an die verdeckte Oeffnung halten.

„Laß das!" wehrte Sylvia ihm leise, „hilf uns jetzt, deinen Herrn zum Boot an den Pasig hinabtragen, wir werden ihn mit uns nehmen und ihn pflegen. Und was wird aus Euch?"

Der Malaye zuckte die Achseln. „Wenn er uns fehlt, weiß ich nicht, wer uns führen soll, und wir werden ins Innere entweichen, zu den Moros, die die Spanier so fürchten, daß sie ihnen nicht mehr zu nahe kommen."

In diesem Augenbick schlich Antonio herein. „Wir sind bereit Sennora!" Und er schob mit Pepe leise eine Tragbahre herein. „Bettet ihn darauf, so sorgsam Ihr es könnt, und bedenkt, daß er entsetzliche Schmerzen leidet!" sagte Sylvia. Antonio hatte Kissen und Decken auf die Tragbahre gelegt, und so trugen sie Ignatio, der besinnungslos vor Schmerzen zu sein schien, unter der größten Anstrengung die schmale Bambusstiege hinab.

„Antonio hat mir die Wunde inzwischen ganz gut verbunden!" sagte Herbert, als Sylvia wieder auf die Azotea hinaustrat, „es war gut, daß du für Decken und Kissen und Verbandzeug sorgtest, und daß wir nun im Boot hinab fahren können — denn auf dem Wagen, den wir für die Kisten mit ins Innere nahmen, hätten wir es vor Stößen und Schmerzen nicht ertragen können."

„Jetzt kommt die Reihe an dich!" unterbrach ihn Sylvia, „die Männer sind mit Ignatio vorangegangen."

„Aber nun ist nur noch Antonio hier —"

„Und Pepe, er wird gleich kommen, er hat den anderen eben nur die Stiege heruntergeholfen, komm, Antonio!" Sie schob den Arm unter Herberts Rücken.

„Du wirst mich nicht tragen können, du wirst dich überanstrengen." —

„Hast du mich nicht auch beim Erdbeben hinabgetragen, du ganz allein?"

Sie, selbst noch kaum eine Genesene, trug Herbert mit Antonios starken Armen zusammen auf die Tragbahre. Und während Antonio Pepe, der eben herzukam, noch Anweisung gab, sagte Herbert leise voller Herzlichkeit, während er Sylvias Hand ergriff: „Ich habe erst verwundet werden müssen, um zu wissen, daß meine Frau mich so lieb hat!"

Sie stellten Ignatios Tragbahre in die Mitte des gewölbten Daches im Kahn, damit der Posten, der vor dem Eingang der Stadt möglicherweise den Kahn ins Auge faßte, keinen Verdacht schöpfte. Die drei Rudernden setzten sich vorn an den oberen Teil des Bootes, während Sylvia für Herbert aus Decken und Kissen einen Platz am Ende zurecht gemacht hatte, auf dem er mit seinem verletzten Bein halb liegen, halb sitzen konnte.

(Schluß folgt.)

Andere Selbstachtung gebietet uns jetzt, über den noch einmal angeregten Gedanken eines allgemeinen Friedens auf der Basis der augenblicklichen Kriegslage zur Tagesordnung überzugehen.

Was die weiteren Fragen betrifft, die zu den Brest-Litowsker Zwischenfällen führten, so geht aus der Erklärung des Frhrn. v. d. Busche hervor, daß die Erklärung des Reichskanzlers, soweit sie sich auf die Räumung der besetzten Gebiete und die Volksabstimmung über ihre Zugehörigkeit bezieht, sich nicht gegen die russische Regierung, sondern gegen Insinuationen der russischen Presse gerichtet hat, die freilich der deutschen Oeffentlichkeit, wie so manches andere, zum größten Teil unbekannt geblieben sind, sodaß man hier bisher nicht wußte, um was es sich handelt. Die „Frankfurter Zeitung" weiß darüber jetzt folgendes zu berichten:

In Betracht kommen Aeußerungen des amtlichen Organs des Sowjet, der „Iswestija", die die Ehrlichkeit der deutschen Friedensbedingungen anzweifelt, erklärt, Deutschland wolle die Länder, um die es sich handle, mit deutschem Kapital unterwerfen, und die deutschen Soldaten zum Kampf gegen die Verlängerung des Krieges auffordert. Ferner war von englischen Blättern über Reden Trotzkis und Kamenews in einer Versammlung des Zentralausschusses der Sowjets in einer vermutlich stark tendenziösen Weise berichtet worden. Danach hätten Trotzki sowohl wie Kamenew die Friedensbedingungen der Mittelmächte scharf angegriffen und für unannehmbar erklärt. Gleichzeitig seien aber auch, so wurde im „Daily Telegraph" hinzugefügt, die Vertreter der Armeen nach einander aufgestanden und hätten erklärt, daß die Soldaten nicht kämpfen würden und nicht kämpfen könnten. Nur eine Rede habe den Willen ausgesprochen, den Krieg auch unter den verzweifeltsten Verhältnissen fortzusetzen. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde das Vorgehen der Friedensdelegierten gutgeheißen und festgestellt, daß die deutsche Regierung sich geweigert habe, das Selbstbestimmungsrecht für die unterdrückten Nationalitäten und Kolonien, auf die es vor dem Kriege die Hand gelegt hatte, anzuerkennen und daß die deutsche Regierung sich fernerhin weigere, Garantien dafür zu geben, daß die Truppen aus den besetzten Gebieten zurückgezogen werden. Unter solchen Umständen könne das Selbstbestimmungsrecht lediglich für die bevorzugten Gruppen und Klassen gelten. Die russische Resolution werde der internationalen Politik treu bleiben. Rußland bestehe auf dem tatsächlichen Selbstbestimmungsrecht für Polen, Litauen und Kurland. Niemals werde Rußland es als gerecht anerkennen, daß irgend einem Volke der Wille eines fremden Volkes aufgezwungen werde. Ferner fordert die Resolution, daß die kommenden Friedensunterhandlungen in einem neutralen Lande stattfinden.

Diesen Behauptungen gegenüber hat nun Unterstaatssekretär von dem Bussche ausdrücklich festgestellt, daß der Standpunkt des Reichskanzlers zu dem Selbstbestimmungsrecht der Völker unverändert bleibe, daß also der Kanzler entschlossen ist, an den in der Antwort der deutschen Delegierten vom 25. Dezember festgelegten Grundlinien festzuhalten. Ferner hat der Unterstaatssekretär jene Behauptung eines Teiles der russischen Presse zurückgewiesen, die russischen Delegierten hätten den deutschen Vorschlag vom 28. Dezember rundweg als undiskutierbar abgelehnt, hätten die Auffassung der Mittelmächte vom Selbstbestimmungsrecht der Völker als „lächerlich" bezeichnet und kategorisch versichert, die russische Regierung „werde nie darauf eingehen", die russische Revolution tue „keinen Schritt zurück". Er hat vielmehr ausdrücklich betont, daß die russischen Delegierten zwar Bedenken gegen die vorgeschlagene Formulierung erhoben, sich indessen ausdrücklich damit einverstanden erklärt haben, daß über die Formulierung in einer Kommission weiter beraten werden sollte, um eine Verständigung herbeizuführen.

Die entschiedene und zugleich würdige Art mit der Deutschland das Intrigenspiel der russischen Presse, die dabei unverkennbar unter dem Einfluß der Ententediplomatie stand, zurückgewiesen hat, wird ihren Eindruck in Rußland nicht verfehlen. Aus der Erklärung der deutschen Regierung klingt aber auch deutlich hervor, daß sie, bei aller Wahrung ihres Standpunktes, entschlossen ist, die Verhandlungen auf geradem und ehrlichem Weg und zugleich mit dem besten Willen für ein Gelingen fortzuführen. Dieser Wille scheint auch, wie das Petersburger Telegramm und die Ankunft Trotzkis vermuten lassen, auf der Gegenseite vorhanden zu sein. Unter diesen Umständen kann man dem weiteren Verlauf der Verhandlungen in Brest-Litowsk mit guten Erwartungen entgegensehen. Es ist alle Aussicht vorhanden, daß die zerrissenen Fäden wieder zusammengeknüpft und die Friedensbesprechungen zu einer für beide Teile annehmbaren Lösung geführt werden.

*

Besprechungen beim Reichskanzler.

Berlin, 6. Jan. Reichskanzler Graf Hertling empfing gestern, laut „Bel. Lokalanz.", eine Reihe von Fraktionsführern, denen er ein durchaus beruhigendes Bild unserer gegenwärtigen militärischen Lage zu geben in der Lage war. Auch eine Reihe von Persönlichkeitsfragen wurde in einer Weise erörtert, daß jeder etwaige Grund zu Besorgnissen als beseitigt angesehen werden kann.

Eine Erklärung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

)(**Berlin, 7. Jan.** Die soz.-dem. Reichstagsfraktion trat gestern zusammen. Die Beratung gestaltete sich, wie der „Vorwärts" sagt, insofern schwieriger, als die Materie, der sie galt, sich noch völlig im Fluß befindet. Nach mehrstündiger Debatte beschloß die Fraktion eine Kundgebung, in der sie einmütig das Verhalten ihrer Vertretung im Hauptausschuß billigt und ihre Entschlossenheit bekundet, jeden Mißbrauch des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zum Zwecke verschleierter Annexionen mit Entschiedenheit entgegenzutreten.

Die „Kreuzzeitung" sagt: Es ist ausgeschlossen, daß eine Einigung zwischen der sozialdemokratischen und der konservativen Auffassung eintreten könnte, und die Konservativen werden wie bisher eine Politik nicht mitmachen, die den bestehenden Gegensatz zu überbrücken versucht.

Die Beratungen mit der ukrainischen Abordnung.

WTB. Brest-Litowsk, 6. Jan. Die Besprechungen der ukrainischen Abordnung wurden gestern in einer Vollsitzung, an der Bevollmächtigte sämtlicher vier Bundesstaten teilnahmen, fortgesetzt.

*

Der Ablauf der zehntägigen Frist.

WB. Brest-Litowsk, 6. Jan. Gestern abend ist folgender Funkspruch in deutschem Klartext abgesandt worden:

„An die russische Delegation zu Händen ihres Vorsitzenden Herrn Joffe in Petersburg.

In ihrer Antwort auf die Vorschläge der russischen Delegation hatten die Delegationen des Vierbundes am 25. Dezember 1917 in Brest-Litowsk gewisse Leitsätze für den Abschluß eines sofortigen allgemeinen Friedens aufgestellt. Zur Vermeidung einer einseitigen Festlegung hatten sie die Gültigkeit dieser Leitsätze ausdrücklich davon abhängig gemacht, daß sich sämtliche jetzt am Kriege beteiligten Mächte innerhalb einer angemessenen Frist ausnahmslos und ohne jeden Rückhalt zur genauesten Beobachtung der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen verpflichten müßten. Mit Zustimmung der vier verbündeten Delegationen war darauf von der russischen Delegation eine zehntägige Frist festgesetzt worden, innerhalb welcher die anderen Kriegführenden sich mit den in Brest-Litowsk aufgestellten Grundsätzen eines sofortigen Friedens bekanntmachen und über den Anschluß an die Friedensverhandlungen entscheiden sollten.

Die Delegationen der verbündeten Mächte stellen fest, daß die zehntägige Frist mit dem 4. Januar 1918 abgelaufen ist und von keinem der anderen Kriegführenden eine Erklärung über den Beitritt zu den Friedensverhandlungen bei ihnen eingegangen ist.

Gezeichnet: Der Vorsitzende der verbündeten Delegationen: von Kühlmann für Deutschland, Graf Czernin für Oesterreich-Ungarn, Popow für Bulgarien, Nessimy Bei für die Türkei.

*

Englands Antwort auf die Brest-Litowsker Einladung.

WTB. London, 6. Jan. (Reuter.) Nach einer Reutermeldung berief Lloyd George gestern die Vertreter der Gewerkschaften zu sich und gab ihnen eine Erklärung über die Kriegsziele, in der er u. a. folgendes sagte:

Wir sind in der kritischen Stunde des furchtbaren Kampfes angelangt, und bevor eine Regierung eine schwerwiegende Entscheidung über die Bedingungen trifft, unter denen sie den Kampf beenden oder fortsetzen will, muß dem Genüge getan werden, daß das Gewissen der Nation hinter diesen Bedingungen steht.

Lloyd George erklärte dann weiter, daß er die Frage der Kriegsziele mit den Arbeiterführern, Asquith, Grey sowie einigen Vertretern der größeren überseeischen Dominions beraten habe, so daß das Ergebnis dieser Erörterungen Anspruch darauf habe, nicht allein als Auffassung der Regierung, sondern der Nation und des ganzen Reiches zu gelten. Er sagte: Wir führen

keinen Angriffskrieg gegen das deutsche Volk,

das von seinen Führern überzeugt wurde, es kämpfe einen Verteidigungskrieg gegen eine Vereinigung neidischer Völker, die auf die Zerstörung Deutschlands oder des deutschen Volkes aus sind. Das ist nicht der Fall. Eine Zerstörung Deutschlands oder des deutschen Volkes war niemals unser Kriegsziel vom ersten Tage des Krieges bis heute. Das englische Volk hat niemals eine Trennung der deutschen Stämme oder die Auflösung des deutschen Staates oder Landes beabsichtigt.

Deutschland hatte eine große Stellung in der Welt. Es ist nicht unser Wunsch oder unsere Absicht, seine Zukunft in Frage zu stellen oder zu zerstören, sondern Deutschland von seinen Hoffnungen und Plänen einer militärischen Beherrschung abzulenken, damit es all seine Kraft den großen gemeinnützigen Aufgaben der Welt widme. Ebenso kämpfen wir nicht, um Oesterreich zu zerstören oder die Türkei ihrer Hauptstadt und der reichen, berühmten Besitztümer in Kleinasien und Thrazien, die vorwiegend von der türkischen Rasse bewohnt sind, zu berauben. Ebensowenig sind wir in den Krieg eingetreten, um die Verfassung des Deutschen Reiches abzuändern und zu zerstören. Das ist eine Sache, die das Volk zu entscheiden hat.

Zu der

Erklärung des Grafen Czernin,

die dieser am 25. Dezember 1917 im Namen Oesterreich-Ungarns und seiner Verbündeten abgab, sagte Lloyd George: Diese Rede ist bedauerlich unbestimmt, klingende Worte allein über die Formel:

„Keine Annexionen und keine Entschädigungen"

oder das Recht der Völker auf Selbstbestimmung sind zwecklos; bevor irgendwelche Verhandlungen überhaupt begonnen werden können, müssen sich die Mittelmächte der wesentlichen Tatsache der Lage bewußt werden. Die ersten Forderungen, die daher die britische Regierung und ihre Verbündeten immer vorangestellt haben, sind:

Vollständige Wiederaufrichtung Belgiens

und eine solche Entschädigung für seine verwüsteten Städte und Provinzen, wie sie überhaupt gemacht werden kann. Das ist nicht die Forderung einer Kriegsentschädigung wie sie Deutschland im Jahre 1871 Frankreich auferlegt hat.

Es ist auch kein Versuch, Kosten der Kriegshandlungen von einem Kriegführenden auf einen anderen zu schieben, es ist nicht mehr und nicht weniger als das Bestehen darauf, daß, bevor es irgend eine Hoffnung auf einen dauernden Frieden geben kann, dieser große Bruch des öffentlichen europäischen Rechtes seine Zurückweisung erfahren und soweit als möglich gutgemacht werden muß.

Als Nächstes kommt die Wiederherstellung Serbiens Montenegros, sowie der besetzten Teile Frankreichs, Italiens und Rumäniens, die vollständige Zurückziehung der feindlichen Armee. Wir teilen an der Seite der französischen Demokratie deren Verlangen auf

Rekonsideration des großen Unrechts von 1871,

das ohne Rücksicht auf die Wünsche der Bevölkerung zwei französische Provinzen aus Frankreich herausgerissen und dem Deutschen Reich während einem halben Jahrhundert einverleibt wurden; und bis dieses nicht geheilt ist, können gesunde Zustände nicht mehr eintreten.

Ich will nicht versuchen,

die Frage der russischen Gebiete,

die jetzt von den Deutschen besetzt sind, zu behandeln. Die russische Politik ist seit der Revolution durch so viele Phrasen und so schnell gelaufen, daß es schwierig ist, ohne Reserve das Urteil darüber zu sprechen. Rußland hat den Krieg mit allen seinen Schrecken hingenommen, weil es getreu seiner Ueberlieferung als Schützer der schwächeren Stämme gleicher Rasse in den Krieg eintrat, um Serbien vor einem Anschlag auf seine Unabhängigkeit zu schützen. Es ist dies ein ehrenvolles Opfer, das nicht allein Rußland, sondern auch Frankreich in den Krieg zog. Frankreich trat nach den Bedingungen seines Vertrags mit Rußland an Seite seines Verbündeten in einem Streit, der gar nicht seine Sache war. Seine ritterliche Achtung für seinen Vertrag führte zum willkürlichen Einfall in Belgien und die Vertragsverpflichtungen Großbritanniens für dieses kleine Land zogen uns in den Krieg. Rußland ist nunmehr dabei ohne Verbindung mit den Ländern, die es in den Krieg gezogen hat, Sonderverhandlungen mit dem gemeinsamen Feind zu führen. Ich mache keine Vorwürfe, ich führe lediglich Tatsachen an.

Niemand, der Preußen kennt,

und seine Absichten auf Rußland, kann einen Augenblick über seine letzten Absichten in Zweifel sein. Was für Phrasen es auch immer gebrauchen möge, um Rußland einzuwickeln, es liegt nicht in seiner Absicht, eine der Provinzen oder Städte Rußlands, die es jetzt besetzt hat, zurückzugeben. Unter dem einen oder anderen Namen — welcher ist ja gleichgültig —, werden diese russischen Provinzen künftig in Wirklichkeit einen Teil des russisch-preußischen Reiches bilden und das übrige Volk Rußlands wird teils durch blendende Worte gelockt, teils durch Drohungen über Fortsetzung des Krieges erschreckt in den Zustand vollständiger wirtschaftlicher und später auch politischer Sklaverei gegenüber Deutschland getrieben werden.

Wir alle bedauern diese Aussichten. Die Demokratie Englands beabsichtigt

bis zum Letzten

den Demokratien Frankreichs und Italiens und aller seiner Verbündeten beizustehn. Dasselbe will Amerika. Aber wenn die gegenwärtigen Machthaber Rußlands unabhängig von ihren Verbündeten etwas unternehmen, so haben wir kein Mittel einzuschreiten, um die Katastrophe aufzuhalten, der ihr Land verfallen muß. Wir glauben jedoch, daß ein unabhängiges Polen, das alle jene wahrhaft polnischen Elemente umfaßt, die wünschen einen Teil davon zu bilden, eine dringende Notwendigkeit für das Gleichgewicht in Osteuropa ist.

Gleicher Weise und obwohl wir mit Wilson übereinstimmen, daß

die Auflösung Oesterreich-Ungarns

kein Teil unserer Kriegsziele ist, bin ich der Meinung, daß, wenn nicht eine selbständige Regierung auf Grund wirklich demokratischer Grundsätze jenen österreichisch-ungarischen Nationen gewährt wird, die dies solange gewünscht haben, es unmöglich ist, auf eine Beseitigung jener Ursachen in diesem Teil Europas, die solange einen allgemeinen Frieden bedroht haben, zu erhoffen. Aus demselben Grund betrachten wir die Befriedigung der

natürlichen Ansprüche der Italiener

auf Vereinigung mit dem Volke gleicher Rasse und Sprache als notwendig. Ebenso beabsichtigen wir, darauf zu dringen, daß den Leuten rumänischen Blutes und rumänischer Sprache in ihren berechtigten Bestrebungen Gerechtigkeit getan werde.

Außerhalb Europas glauben wir, daß dieselben Grundsätze in Anwendung kommen sollen. Während wir keineswegs die Aufrechterhaltung des

türkischen Reiches

in der Heimat der türkischen Rasse mit Konstantinopel als Hauptstadt in Frage stellen wollen, sind Arabien, Armenien, Mesopotamien, Syrien und Palästina, wenn die Durchfahrt zwischen dem Schwarzen Meer und dem Mittelländischen Meer internationalisiert und neutralisiert ist, unserem Urteil gemäß berechtigt, eine Anerkennung ihrer besonderen nationalen Bedingungen zu erhalten. Welche Formen diese Anerkennung in jedem einzelnen Fall annehmen soll, braucht hier nicht erörtert zu werden, außer der Erklärung, daß es unmöglich sein würde, die Länder, die ich schon erwähnt habe, unter die frühere Souveränität zurückzugeben.

Was

die deutschen Kolonien

anbelangt, so habe ich wiederholt erklärt, daß sie zur Verfügung der Konferenz gehalten werden, deren Entschließung in erster Linie Rücksicht auf die Wünsche und Interessen der eingeborenen Bewohner dieser Kolonien nehmen muß. Die Deutschen erklären, daß die Eingeborenen in den deutschen Kolonien durch militärische Treue während des Krieges Anhänglichkeit und den Entschluß gezeigt haben, unter allen Umständen bei Deutschland zu bleiben. Dies ist nicht auf die deutschen Kolonien im allgemeinen anzuwenden, sondern nur auf die eine davon, und in diesem Falle Deutsch-Ostafrika haben sich die deutschen Behörden nicht die Anhänglichkeit der eingeborenen Bevölkerung im ganzen, die eine tiefe Abneigung gegen die Deutschen hat und haben wird, gesichert, sondern nur die einer kleinen kriegerischen Kaste, aus der sie ihre Soldaten oder Askaris gewählt haben.

Schließlich muß eine Wiedergutmachung des in Vergewaltigung des internationalen Rechtes verübten Schadens eintreten. Die Friedenskonferenz darf nicht unsere Seeleute vergessen. Bei der steigenden

Knappheit an Rohmaterialien

werden die Produktionsländer stets zuerst sich und ihren Freunden helfen. Solange der Krieg als einziges Mittel zur Schlichtung von Streitigkeiten erscheint, müssen alle Völker für den möglichen Ausbruch eines solchen gerüstet sein. Aus diesem Grunde sind wir überzeugt, daß ein großer Versuch zur

Errichtung einer internationalen Schlichtungsorganisation

gemacht werden muß. Wir kämpfen für einen gerechten, dauernden Frieden und wir glauben, daß hierzu die folgenden Bedingungen erfüllt werden werden:

1. muß die Heiligkeit von Verträgen aufrecht erhalten werden,

2. muß eine Schlichtung von Gebietsfragen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes mit der Zustimmung der regierten Völker erfolgen.

Schließlich müssen wir durch Schaffung einer internationalen Organisation suchen, die Wahrscheinlichkeit eines Krieges zu mindern.

Unter diesen Bedingungen würde dem britischen Reich ein Friede willkommen sein. Hierfür sind seine Völker bereit, noch größere Opfer als bisher zu bringen.

* * *

Eine Erklärung Clemenceaus.

() **Genf, 6. Jan.** (Privattelegramm.) **Die Agence Havas meldet: Ein Mitarbeiter des „Petit Parisien" hat von Clemenceau folgende kurze Erklärung erhalten: Mein Kriegsprogramm besteht natürlich darin, den Krieg zu verstärken, unsere Soldaten zu unterstützen und alles für sie zu tun. Kämpfen und siegen, das sind meine Pläne für den Sieg.**

*

Eine Frage an den Alldeutschen Verband.

Die „Nationalliberale Korrespondenz" schreibt:

Die „Deutsche Zeitung" setzt mit einer Beharrlichkeit, die nichts von Vernunft, aber sehr viel von Methode in sich hat, ihre Angriffe gegen die nationalliberale Politik fort. Ihr ausgesprochener Zweck ist der, die nationalliberale Parteileitung zu diskreditieren und im Lande Mißstimmung gegen sie zu erzeugen. Der Ton ihrer Polemik ist für das ganze Verfahren bezeichnend. Er sucht seine Stärke in einer gewissen Ungeniertheit und Skrupellosigkeit, die von den Merkmalen sachlicher politischer Diskussion nichts mehr an sich tragen. Diesem abstoßenden äußeren Gewand entspricht der Inhalt. Die Vorwürfe, die immer und immer wieder breitgetreten werden, sind sachlich ohne jede Berechtigung. Mag man die Behauptung auch noch so vielgestaltig variieren, so wird es darum doch nicht wahr, daß die Politik der nationalliberalen Reichstagsfraktion mit der des Mehrheitsblocks vom 19. Juli übereinstimmt. Die „Deutsche Zeitung" wird nicht müde, diese Behauptung immer wieder aufzustellen und dabei die Person des Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann in gehässiger Weise anzugreifen. Selbst das „Berliner Tageblatt" hat anerkennen müssen, daß die nationalliberale Reichstagsfraktion die Mehrheitspolitik im Hauptausschuß nicht mitgemacht hat. Die „Deutsche Zeitung" aber spricht auch am 2. Januar noch mit dreister Beharrlichkeit davon, daß das Verhandlungsergebnis von Brest-Litowsk ein Hauptstück des Programms darstelle, „das die Mehrheitsparteien einschließlich der Stresemannschen Nationalliberalen mit dem neuen Reichskanzler vereinbart hatten". Wäre die „Deutsche Zeitung" überhaupt belehrbar, so müßten die letzten Ereignisse im Hauptausschuß sie eines Besseren belehrt haben. Die Politik der nationalliberalen Reichstagsfraktion hat sich klar und deutlich von den Mehrheitsparteien geschieden. Gleichzeitig ist die Auffassung, die die „Deutsche Zeitung" in ihrem Artikel vom 2. Januar vertritt, mit ihren tendenziösen Entstellungsabsichten so sehr erwiesen, daß man sich eine weitere Widerlegung ersparen kann. Eine solche Widerlegung würde sich auch wirklich nicht lohnen. Wir nehmen den Anlaß nur wahr, um der Leitung des Alldeutschen Verbandes die Frage nahezulegen, ob sie die systematische Verdächtigungsarbeit der „Deutschen Zeitung" gegen die nationalliberale Politik billigt und gewähren lassen will. Darüber zu entscheiden, ist ihre Sache. Sie wird sich aber sagen müssen, daß ein weiteres Gewährenlassen nicht ohne Folgen bleiben kann.

Die Lage in Rußland.

Großrussen und Ukrainer.

WTB. Petersburg, 3. Jan. Da die offiziellen Vertreter der ukrainischen Rada sich bereit erklärten, die Verhandlungen mit dem Rat der Volkskommissare, der die Unabhängigkeit der ukrainischen Republik anerkennt, zu eröffnen und da die Rada ihrerseits den gegenrevolutionären Charakter der Tätigkeit ihrer Anhänger anerkennt, wäre die Eröffnung von Besprechungen absolut wünschenswert. Es wird dabei berücksichtigt, daß der Rat der Volkskommissare das Recht aller Nationen einschließlich der ukrainischen auf staatliche Unabhängigkeit unbedingt anerkennt. Jeder Versuch, den Krieg mit der Rada zu vermeiden, muß gemacht werden, wenn die Rada den gegenrevolutionären Charakter der Tätigkeit Kaledins anerkennt und den Krieg gegen ihn nicht verhindert. Der Rat der Volkskommissare spricht die Ueberzeugung aus, daß die ukrainische Rada Bedingungen schaffen wird, die jeden Zusammenstoß zwischen den Brudervölkern unmöglich machen werden. Der Rat der Volkskommissare hält es für angebracht, regelrechte Beziehungen mit der Rada zu eröffnen, um Verwickelungen zu vermeiden, die durch die Politik der Rada mit Bezug auf die allgemeine Front und die gegenrevolutionäre

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Erhebung Kaledins hervorgerufen werden. Der Rat der Volkskommissare schlägt der Rada Besprechungen über ein Abkommen gemäß den abgegebenen Grundsätzen vor und bezeichnet als günstige Orte, um die Verhandlungen zu führen, die Städte Smolensk oder Witebsk.

WTB. Rotterdam, 6. Jan. Nach dem „Nieuwen Rotterdamscher Courant" erfährt der „Daily Telegraph" aus Petersburg vom Donnerstag: Die ukrainische Regierung hat den Rat der Volkskommissare um eine ausdrückliche Erklärung ersucht, ob er sich bereits im Kriegszustand mit der Ukraine befinde. Die Kommissare antworten, daß sie bereit seien, Frieden mit der Ukraine zu schließen und die Unabhängigkeit der Ukraine anzuerkennen, wenn die ukranische Regierung darin einwillige, Kaledin als revolutionseindlichen Führer anzuerkennen und den Durchzug von Truppen gegen Kaledin durch ihr Gebiet zuzugestehen. — In der ukrainischen Regierung finden eigenartige Veränderungen statt. Der Kriegsminister Petuira, der die ukrainischen Heere organisiert hat, ist durch den Advokaten Porsch ersetzt worden, während andere Aenderungen die Möglichkeit einer Veränderung des scharfen Gegensatzes, der bis vor kurzem zwischen der Ukraine und den Mittelmächten bestand, durchschimmern lassen.

*

Die russische Konstituante.

WTB. Petersburg, 3. Jan. (Pet. Tel.-Ag.) Da die für die verfassungsgebende Versammlung notwendige Anzahl von Abgeordneten noch nicht erreicht ist und da viele Abgeordnete ihre Mandatsnachweise noch nicht erreicht haben, da außerdem viele Abgeordnete, die bereits in Petersburg eingetroffen waren, wegen der Unsicherheit über den Tag der Eröffnung aber wieder abgereist sind, da jedoch andererseits der Verlauf der Wahlen mit mehr oder minder großer Sicherheit vermuten läßt, daß nach dem russischen Weihnachten die notwendige Zahl von Abgeordneten erreicht sein wird, hat der Rat der Volksbeauftragten die Eröffnung der Versammlung auf den 5. (18.) Januar, vorausgesetzt, daß dann 400 Abgeordnete anwesend sein werden, anberaumt.

Der russische Bauernkongreß.

WTB. Nikolajewff, 3. Jan. (Pet. Tel.-Ag.) Der dritte Bauerkongreß begrüßt die demnächst zusammentretende verfassungsgebende Versammlung, die den Hoffnungen der Arbeitermassen entgegenkommt und fordert ihre alsbaldige Eröffnung und den Ausschuß der Kadetten und ähnlicher Elemente.

Bedingungen für den Uebertritt auf russisches Gebiet.

WTB. Petersburg, 4. Jan. (Meldung der Pet. Tel.-Ag.) Der Uebertritt auf russisches Gebiet kann unter folgenden Bedingungen erfolgen:

1. Die Grenzen sind für alle fremden Bürger frei zu überschreiten, wenn sie diplomatische Pässe von alliierten und neutralen Mächten mit dem Visum des Kommissariats für Auswärtiges beim Rate der Volkskommissare besitzen.
2. Russische Bürger, welche diplomatische Pässe vom Kommissariat beim Rat der Volkskommissare besitzen, überschreiten die Grenze frei.
3. Politische Verbannte, welche persönliche Pässe besitzen, die in jedem einzelnen Falle durch einen besonderen Bevollmächtigten der betreffenden Ausschüsse der Verbannten ausgefolgt werden und das Visum von einem Vertreter des Senats der Volkskommissare im Ausland tragen.
4. Bürger, sowohl russische, einschließlich finnische, wie fremde, welche diplomatische Pässe besitzen, überschreiten die russische Grenze frei, falls sie eine vorläufige besondere Aufenthaltserlaubnis von dem Vertreter des Rates der Volkskommissare im Auslande besitzen und
5. Russische Bürger, ausgenommen Diplomaten, welche das russische Gebiet verlassen, werden einer Leibesuntersuchung unterworfen.

*

Der Bürgerkrieg.

:: Amsterdam, 6. Jan. Nach einem hiesigen Blatt melden die „Times" aus Petersburg: Der Bürgerkrieg in Südrußland dauert fort, obwohl Kaledin einen Waffenstillstand unter der Bedingung vorgeschlagen haben soll, daß die Bolschewiki die Streitfrage durch einen Ausschuß untersuchen lassen und die verfassunggebende Versammlung sofort einberufen. Andererseits wird berichtet, daß zwischen den Donkosaken und der Ukraine eine Regelung zur gegenseitigen Unterstützung zustandegekommen sei. Nach einem Telegramm eines Kommandanten der Bolschewistentruppen sei die Lage sehr ernst. Kaledin und Kornilow rücken auf Charkow und Woronesch vor. Bei der Station Nikitowka kam es zu einem heftigen Kampf zwischen den Bolschewisten und den Kosaken. Bei Jekaterinoslaw wird seit 5 Tagen gekämpft. In Nowotscherkask werden aus Flüchtlingen aus Petersburg und Moskau neue Truppen zusammengestellt.

Der Kampf um Charkow.

() Rotterdam, 6. Jan. Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" erfährt aus London vom 4. Januar: Die Bolschewisten halten Charkow besetzt, aber die Truppen des Generals Tscherbatschew schließen die Stadt allmählich ein. Starke Truppen der Bolschewisten werden bei Woronesch zusammengezogen und bereiten einen Angriff auf Kaledin vor. Bolschewikis, die mit der Eisenbahn von der kaukasischen Front kamen, wurden bei Rostow durch Kaledins Truppen entwaffnet.

Stockung der Lebensmittelzufuhr nach Petersburg.

):(Petersburg, 4. Jan. (Pet. Tel.-Ag.) Infolge starker Schneestürme ist die Ankunft von Lebensmitteln und Kriegslieferungen und ihre Abfuhr auf den Straßen ins Stocken geraten, ebenso der Verkehr der Straßenbahnen, Automobile und Wagen. Um die Straßen und Transportwege zu räumen, ist am 4. d. ein allgemeines öffentliches Arbeitsamt eingerichtet worden. Die Durchführung dieses Planes ist den Regiments- und Eisenbahnerausschüssen übertragen worden. Mit der allgemeinen Ueberwachung der Ausführung dieses Erlasses sind die Bezirkssowjets und die Arbeiter- und Bauernabgeordneten beauftragt. Leute, die keine höchstdringlichen Arbeiten verrichten, werden zuerst zu der Arbeit gezwungen werden.

*

Die Republik Finnland.

WB. Berlin, 6. Jan. (Amtlich). Nachdem die russische Regierung erklärt hat, daß sie zur sofortigen Anerkennung der Unabhängigkeit Finnlands bereit sei, sobald ein Antrag der Finnen vorliege, und nachdem die finnische Regierung einen entsprechenden Schritt in Petersburg getan hat, der entgegenkommend aufgenommen worden ist, hat S. M. der Kaiser den Reichskanzler Grafen v. Hertling unter dem 4. d. M. beauftragt, dem hier anwesenden Bevollmächtigten der finnischen Regierung, Staatsrat Hjelt, Professor Erich und Direktor Sario, im Namen des Deutschen Reiches die Anerkennung der finnischen Republik auszusprechen. Reichskanzler Graf von Hertling hat in Anwesenheit des Unterstaatssekretärs Freiherrn von dem Busch edie drei Bevollmächtigten heute empfangen und ihnen die Anerkennung Deutschlands erklärt.

() Paris, 6. Jan. Der „Temps" meldet: Die französische Regierung hat die Unabhängigkeit der finnischen Politik rechtlich und tatsächlich anerkannt.

Unruhen in Spanien.

WTB. Madrid, 5. Jan. Ag. Hav. Der Kriegsminister erklärte vorgestern, er habe erfahren, daß unter den Unteroffizieren eine Bewegung im Gange sei, um Verteidigungsjunten zu bilden. Er habe versucht diese zu verhindern. Dagegen hätten die Unteroffiziere Versammlungen veranstaltet. Außerdem verkehrten sie zwischen den einzelnen Garnisonen vermittels chiffrierten Schriften. Der Kriegsminister hat dem Ministerrat von den ergriffenen Maßnahmen verständigt. Der Führer der Unteroffiziersjunten ist verschwunden. Die Lage in den Kasernen in der Provinz ist normal. Die verfassungsmäßigen Bürgschaften werden einstweilen nicht aufgehoben werden.

WTB. Madrid, 5. Jan. Ag. Hav. Der Unterstaatssekretär des Innern hat bekannt gegeben, daß die Verabschiedung mehrerer Serganten sich ohne Zwischenfall vollzogen habe. Die entdeckten Papiere seien einem Kriegsgericht übergeben worden.

Monarchisten-Bewegung in Portugal.

br. Berlin, 5. Jan. Von der französischen Grenze wird laut einer Hamburger Nachricht des „L.-A." gemeldet: Wie der „Temps" aus Madrid erfährt, ist in Portugal eine monarchische Bewegung im Gange und zwar zugunsten der in Oesterreich lebenden Linie des Hauses Braganza.

Der deutsch-schweizerische Grenzzwischenfall.

WTB. Bern, 4. Jan. Mitteilung des Pressebüros des Armeestabes vom 28. Dezember 1917: Heute nachmittag ließ der Unteroffizier des Grenzpostens Seedorf einen deutschen Bodenseedampfer beschießen, der sich seiner Ansicht nach dem schweizerischen Ufer zu sehr genähert hatte. Personen wurden glücklicherweise nicht verletzt. Die Untersuchung ergab, daß der sonst gewissenhafte Unteroffizier in unerklärlichem Uebereifer den erlassenen Befehlen zuwiderhandelte. Er wird bestraft. Den zuständigen deutschen Behörden wurde das lebhafte Bedauern des Armeekommandos über den peinlichen Zwischenfall ausgesprochen.

Französische Bomben auf Schweizer Gebiet.

() Bern, 6. Jan. (Schweiz. Dep.-Ag.) In Beantwortung der Note des schweizerischen politischen Departements vom 1. Dezember 1917 über den Abwurf von Bomben französischen Modells bei Muttenz und Menzikon auf Schweizer Gebiet teilt die französchsie Botschaft in Bern namens der französischen Regierung mit, die Untersuchung habe keine Feststellung unbedingt zuverlässiger Art ergeben. Die Botschaft drückt namens der Regierung aufrichtiges Bedauern über den Zwischenfall aus, der durch den Irrtum eines wenig erfahrenen Fliegers verursacht sein könne. Die französische Regierung habe Maßnahmen getroffen, derartige Zwischenfälle zu verhüten.

Eine Regierungserklärung zur Judenfrage.

WB. Berlin, 5. Jan. Der stellvertr. Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Frhr. v. d. Bussche-Hattenhausen hat die Herren Professoren Dr. Harpurg und Dr. Handtke vom zionistischen Aktionskomitee, sowie die Herren Professoren Oppenheim, Dr. Friedmann und Prof. Dr. Sobernheim vom Komitee für den Osten empfangen und ihnen folgendes erklärt: Wir würdigen die Entwicklung Ihrer Kultur und die Eigenart der berechtigten Wünsche der jüdischen Minderheit in den Ländern, in denen sie ein stark entwickeltes Eigenleben besitzt, bringen Ihnen volles Verständnis entgegen und sind zu einer wohlwollenden Unterstützung Ihrer diesbezüglichen Bestrebungen bereit.

Bezüglich der von der Judenheit insbesondere von den Zionisten verfolgten Bestrebungen in Palästina begrüßen wir daher die Erklärung, die der Großwesir Talaat Pascha kürzlich abgegeben hat, insbesondere die Absicht der kaiserl. osmanischen Regierung gemäß ihrer den Juden bewiesenen freundlichen Haltung, die aufblühende Siedelung in Palästina durch Gewährung von freier Einwanderung und Niederlassung in den Grenzen der Aufnahmefähigkeit des Landes, von örtlicher Selbstverwaltung entsprechend den Landesgesetzen und von freier Entwickelung ihrer kulturellen Eigenart zu fördern.

Aus der Residenz.

* Karlsruhe, 7. Januar 1918.

Na. Holzspende des Großherzogs. Der Großherzog hat das Hofforst- und Jagdamt hier angewiesen, der Stadt Karlsruhe 150 Ster Brennholz gegen Ersatz der Zurichtungskosten von etwa 3 M für den Ster zur Verfügung zu stellen. Der Oberbürgermeister hat dem Großherzog für diese huldvolle Spende, die in der jetzigen rauhen Winterzeit und bei dem Mangel an Brennstoff zur Deckung des Wärmebedarfs der minderbemittelten Bevölkerung besonders erwünscht und wertvoll ist, ehrfurchtsvollsten Dank ausgesprochen.

= Feier der Reichsgründung. Es wird uns geschrieben: Auch in diesem Jahre wird eine Feier der Reichsgründung geplant. Veranstaltet wird sie diesmal von der Deutschen Vaterlandspartei. Es wird aber nicht nur auf deren Mitglieder gerechnet, sondern auf die Teilnahme aller derer, die mit ihr von einem schwächlichen Verzichtfrieden nichts wissen wollen, der alles, was unser Volk in mehr als dreijährigem opferreichen Kampf errungen hat, preisgeben und die Zukunft des vor 47 Jahren gegründeten Reiches schwer gefährden würde.

Na. Haushalten mit Kartoffeln! Die Ergebnisse der amtlichen Erhebungen über den Umfang der Kartoffelernte entsprechen nicht den gehegten Erwartungen. Die Aussichten für die Erhöhung der Kartoffelkopfmenge sind deshalb außerordentlich gering. Es kann niemand damit rechnen, daß ihm Ersatz gegeben wird, wenn er die im Herbst eingelagerten Kartoffeln vorzeitig verbraucht. Es liegt im eigenen Interesse einer jeden Haushaltung, dafür zu sorgen, daß ihr Vorrat für die vorgesehene Zeit ausreicht und sie keinesfalls mehr als 1 Pfund für die Person und den Tag verbraucht. Der Kommunalverband wird von Zeit zu Zeit Nachschau nach den eingelagerten Kartoffeln vornehmen lassen. Wer seine Kartoffelvorräte nicht pfleglich behandelt oder nicht damit hauszuhalten vermag, muß künftig von der Erlaubnis zur Einlagerung ausgeschlossen werden.

= Weihnachts- und Neujahrsverkehr der Karlsruher Postanstalten. In der Zeit vom 16. bis einschließlich 24. Dezember wurden bei den hiesigen Postanstalten 45782 Pakete aufgeliefert, während in der Zeit vom 19. bis einschließlich 25. Dezember 1917 32749 Pakete zur Bestellung und Abholung eingegangen sind. Im ganzen sind 78481 Pakete bearbeitet worden, ohne die im Durchgangsverkehr auf dem Hauptbahnhof umgeleiteten Pakete. An den Schaltern sind in der Zeit vom 27. Dezember mittags bis 31. Dezember abends im ganzen 572561 Freimarken, darunter 131647 zu 3 Pfg., 157610 zu 7½ Pfg. und 66043 zu 15 Pfg. verkauft worden. Von diesen Mengen entfallen auf die Zeit vom 30. Dezember mittags bis 31. Dezember abends 220329.

= Joseph Plaut hat für seinen am Donnerstag den 10. Januar im Museumssaale stattfindenden Heiteren Abend für den ersten Teil ein neues literarisches Programm zusammengestellt, darunter Werke von Fontane, Blüthgen, Möricke, Andersen, Kyber, Stern, Stieler, Rosegger, Ettinger u. a. Im zweiten heitern Teile gelangt der „Tannhäuser" von Richard Wagner in verbesserter Form zur Aufführung. In dem Einzug der Gäste in die Wartburg wirken außer den Operngrößen auch das gesamte Schauspielpersonal als Statisten mit. Das neue Kinodrama betitelt sich: „Opfer einer jungen Liebe". Im Varietéteil treten zum erstenmale Parterreakrobaten (6 Stück) und ein musikalischer Clown auf. — Der Kartenvorverkauf hat bereits rege eingesetzt in der Hofmusikalienhandlung Fr. Doert.

Letzte Drahtberichte.

WTB. Berlin, 6. Jan. (Amtlich) S. M. der Kaiser empfing gestern den Generalfeldmarschall v. Woyrsch zur Meldung. Dieser und Admiral à la suite der Marine Graf Baudissin waren zur Abendtafel geladen. Heute vormittag nahmen die Majestäten an dem Gottesdienst im Dome teil. Seine Majestät hörte später den Generalstabsvortrag und den des Vertreters des Auswärtigen Amtes Legationsrates Freiherrn v. Grünau.

* Berlin, 7. Jan. Dem „Berl. Tagebl." zufolge ernannte die Wiener Regierung den früheren Sofioter Botschafter Grafen Adam Tarnowsk zum Kommissar bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk.

() Berlin, 7. Jan. Wie dem „Berl. Tagebl." berichtet wird, begaben sich außer den gemeldeten Mitgliedern des polnischen Regentschaftsrates auch der polnische Ministerpräsident, sowie je ein Referent aller Minister, am Sonntag nach Berlin.

WTB. Höchst a. M. 5. Jan. (Nicht amtl.) Der Leiter der Höchster Farbwerke Königl. Rat Dr. Häuser ist zum Geh. Regierungsrat und durch Königl. Kabinettsordre zum Ehrenmitglied des Königl. Institutes für experimentelle Therapie in Frankfurt a. M. ernannt worden.

WTB. Wien, 6. Jan. Der sozialdemokratische Reichsratsabgeordnete und Vizepräsident des österreichischen Abgeordnetenhauses Engelbert Pernerstorfer ist im Alter von 68 Jahren gestorben.

WTB. Budapest, 6. Jan. (Nichtamtl.) Ministerpräsident Dr. Wekerle hat dem Minister für Volksernährung Grafen Hadik namens des Königs ersucht, sein Rücktrittsgesuch zurückzuziehen.

(!) Budapest, 5. Jan. Ministerpräsident Wekerle begibt sich am Samstag nach Wien und wird von dort sofort mit dem österreichischen Finanzminister Freiherrn von Wimmer nach Berlin reisen.

(!) Sofia, 5. Jan. (Bulg. Tel.-Ag.) Kronprinz Boris ist wegen seiner Verdienste im Krieg zum Oberstleutnant befördert worden.

WTB. Washington, 6. Jan. (Reuter.) Schatzsekretär Mac Adoo hat in seiner neuen Eigenschaft als Generaldirektor der Eisenbahnen mit vier Eisenbahnarbeiterverbänden ein Abkommen geschlossen, wonach alle Arbeiterstreitigkeiten während der Zeit der Regierungskontrolle über die Eisenbahnen durch ein Untersuchungsamt beigelegt werden sollen.

Schleichhandel mit Lebensmitteln.

WB. München, 6. Jan. Die Polizei verhaftete zwölf Lebensmittelschleichhändler, die Fleisch, Wurst, Schmalz, Butter, Eier und andere Lebensmittel in größeren Mengen nach Berlin ausführen wollten. Unter den Verhafteten befindet sich ein Gastwirt aus München-Heidhausen und ein Tramer aus Berlin. Unter den beschlagnahmten Gegenständen befanden sich auch viele Zentner Rauchfleisch.

Buchanans Nachfolger?

br. Berlin, 5. Jan. Wie das Hamburger Fremdenblatt indirekt aus London meldet, berichtet der parlamentarische Vertreter der Dayli News, daß die englische Regierung beabsichtige, sich in Petersburg durch einen Geschäftsträger vertreten zu lassen. Für diesen Posten komme in erster Linie der britische Generalkonsul in Moskau in Betracht.

Ausbruch der Pest in der Mongolei.

WTB. Bern, 6. Jan. (Nichtamtl.) Pariser Blätter melden aus Peking: Im Grenzgebiete der Provinz Tschansi und in der Mongolei ist die Pest ausgebrochen, die sich schnell ausbreitet.

Großfeuer.

WB. Newyork, 6. Jan. (Reuter). Eine Feuersbrunst in Hoboken zerstörte eine große Fabrikanlage. Nur durch die schnelle Entsendung von Löschbooten von Newyork wurde ein Ueberspringen des Feuers auf die Piers verhindert. Viele Feuerwehrleute erlitten Brandverletzungen. Es herrscht eine starke Kälte.

Ein amtliches Dementi.

WTB. Berlin, 6. Jan. (Amtlich). Die in mehreren Zeitungen verbreitete Meldung, daß das Entlassungsgesuch des Generals Ludendorff vorliege, entspricht nicht den Tatsachen.

Große Ueberschwemmung in Spanien.

WTB. Madrid, 4. Jan. (Reutermeldung.) Die Zeitung „Dian" erfährt von dem Minister des Innern, daß die Seedeiche bei San Sebastian und auf der Insel Gomera durch den Sturm vernichtet und die Stadt überschwemmt ist. Es wurde großer Schaden angerichtet. Die Zahl der Opfer ist unbekannt.

Mexiko.

(!) Berlin, 7. Jan. Der „Temps" meldet aus Washington, die mexikanische Regierung erhob beim Staatsdepartement Einspruch gegen die Anwesenheit von Truppen der Vereinigten Staaten auf mexikanischem Gebiet. Die Kavallerie der Vereinigten Staaten, die angeblich mexikanische Räuber verfolgte, hielt sich mehrere Stunden auf mexikanischem Gebiete auf.

Aus den Standesbüchern der Stadt Karlsruhe.

Geburten.

28. Dez.: Gustav, V. Gustav Häffner, Bürovorsteher; Karl Siegmund, V. Karl Glaser, Schlosser. — 30. Dez.: Mathilde Helene, V. Albert Friedr. Haibl, Schreiner; Herbert Otto, V. Artur Link, Bäcker. — 31. Dez.: Gustav Karl, V. Gustav Godel, Hausdiener; Helene Frida, V. Wilhelm Hüllemann, Schlosser; Walter Alfred Paul, V. Alfred Reuheller, Buchbindermeister; Herbert Johann, V. Johann Christian Dreher, Fuhrmann. — 1. Jan.: Irma Erna, V. Wilhelm Augenstein, Schlosser. — 2. Jan.: Heinz Hermann, V. Hermann Ebeling, Kaufmann.

4. Jan.: Paula, V. Eugen Friedrich Sutter, Schlosser; Emma, V. Lorenz Reith, Kartenschleifer. — 5. Jan.: Josef Karl, V. Hermann Oertel, Architekt.

Eheschließungen.

5. Jan.: Hermann Leicht von Mörsch, Eisenhobler in Karlsruhe-Grünwinkel, mit Frida Schlager von hier; Herm. Trunger von hier, Architekt hier, mit Elsa Anna Roog von hier; Josef Schmidthäusler von hier, Obermaschinistenmaat hier, mit Berta Eisenlöffel von Stein; Emil Malsch von hier, Friseur hier, mit Klara Elsa Lebuert von hier.

Todesfälle.

3. Jan.: Albert Voegele, Obersteuer-Inspektor, Ehemann, 65 J. — 4. Jan.: Christiana Dallmus, 44 J., Ehefrau von Karl Dallmus, Stadttaglöhner; Klaus, 2 Tg., V. Richard Hellgrebe, Schutzmann. — 5. Jan.: Auguste Schultze, 74 J., Witwe von Christian Schultze, Schreiner.

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Umtausch der Aktien des Magdeburger Bank-Vereins, der Westfälisch-Lippischen Vereinsbank Aktiengesellschaft, der Westdeutschen Vereinsbank Kommandit-Gesellschaft auf Aktien ter Horst & Co., des Gronauer Bankvereins Ledeboer ter Horst & Co. und des Rheiner Bankvereins Ledeboer Driessen & Co. in Disconto-Kommanditanteile.

Die Generalversammlung des Magdeburger Bank-Vereins vom 8. Dezember 1917 hat beschlossen, das Vermögen des Magdeburger Bank-Vereins als Ganzes unter Ausschluss der Liquidation auf die Direction der Disconto-Gesellschaft gegen Gewährung von neuen Disconto-Kommanditanteilen zu übertragen. Dementsprechend hat die Ge-Generalversammlung der Disconto-Gesellschaft vom 10. Dezember 1917 diesen Erwerb und die Erhöhung des Grundkapitals um 10 000 000 M. durch Ausgabe von auf den Inhaber lautenden Anteilen beschlossen. Die Anteile, von denen 8332 über je 1200 M. und einer über 1600 N. lauten, sind vom 1. Janrar 1917 ab gewinnberechtigt.

Ferner haben die Generalversammlungen der Westfälisch-Lippischen Vereinsbank Aktiengesellschaft in Bielefeld vom 8. Dezember 1917, der Westdeutschen Vereinsbank Kommandit-Gesellschaft auf Aktien ter Horst & Co. in Münster i./W. vom 28. November 1917, des Gronauer Bankvereins Ledeboer ter Horst & Co. in Gronau i./W. und des Rheiner Bankvereins Ledeboer Driessen & Co. in Rheine i./W. vom 29. November 1917 beschlossen, ihr Vermögen als Ganzes ohne Liquidation auf die Direction der Disconto-Gesellschaft gegen Gewährung von Disconto-Kommanditanteilen zu übertragen.

Nachdem diese Beschlüsse und damit die Auflösung des Magdeburger Bank-Vereins, der Westfälisch-Lippischen Vereinsbank, der Westdeutschen Vereinsbank, des Gronauer Bankvereins und des Rheiner Bankvereins in die Handelsregister eingetragen worden sind, fordern wir die Aktionäre dieser Banken zur Einlieferung ihrer Aktien und zur Empfangnahme der darauf entfallenden Disconto-Kommanditanteile nach Massgabe der folgenden Bedingungen auf:

1. Die Aktien des Magdeburger Bank-Vereins, der Westfälisch-Lippischen Vereinsbank, der Westdeutschen Vereinsbank, des Gronauer Bankvereins und des Rheiner Bankvereins sind mit laufenden Gewinnanteilscheinen d. h. für 1917 ff. nebst Erneuerungsschein bei Vermeidung späterer Kraftloserklärung

bis zum 31. Jannar 1918 einschließlich

bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft** in Berlin (Behrenstr. 43/44 Emissionsstelle) oder bei deren Niederlassungen in Aschersleben, Bad Oeynhausen, Bielefeld, Braunschweig, Bremen, Burg b/M., Coblenz, Cöpenick, Cöthen i/A., Cüstrin, Dessau, Detmold, Essen, Frankfurt a. M., Frankfurt a. O., Gronau i/W., Hannover, Hattingen, Herford, Hildesheim, Homburg v. d. H., Königsberg i/Pr., Lemgo, Magdeburg, Mainz, Metz, Minden i/W., Mühlhausen i/Th., Mülheim (Ruhr), Münster i/W., Naumburg a/S., Nordhansen, Offenbach a. M., Peine, Potsdam, Rheine i/W., Saarbrücken, Salzwedel, Stendal, Stettin, Tilsit, Wiesbaden
oder deren Wechselstuben;

bei dem **A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G.** in Cöln oder dessen Wechselstuben oder bei dessen Niederlassungen in Beuel, Bonn, Cleve, Crefeld, Duisburg, Duisburg-Meiderich, Düsseldorf, **Emmerich, Godesberg, Hamborn,** Mülheim (Rhein). Neuss, Neuwied, Rheydt, Ruhrort, Viersen, Wesel;

bei der **Norddeutschen Bank in Hamburg,** Hamburg
oder bei deren Niederlassungen in Altona und Harburg;

ferner:

in **Augsburg**	bei der	**Bayerischen Disconto- und Wechselbank A.-G.,**
„ **Barmen**	„ dem	**Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp.,**
„ **Breslau**	„ „	Bankhause **E. Heimann,**
	„ „ „	**G. v. Pachaly's Enkel,**
„ **Cassel**	„ „ „	**L. Pfeiffer,**
„ **Cöln**	„ „	**A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G.** (s. o.),
	„ „	Bankhause **Sal. Oppenheim jr. & Cie.,**
	„ „ „	**A. Levy,**
„ **Dresden**	„ der	**Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt Abteilung Dresden,**
	„ dem	Bankhause **Philipp Elimeyer,**
„ **Elberfeld**	„ „ „	**von der Heydt-Kersten & Söhne,**
„ **Erfurt**	„ der	**Bank für Thüringen vormals B. M. Strupp, Akt. Ges., Filiale Erfurt,**
„ **Frankfurt a. M.**	„ „	**Deutschen Effekten- und Wechsel-Bank,**
„ **Halberstadt**	„ dem	Bankhause **Ernst Vogler,**
„ **Halle a. S.**	„ „	**Halleschen Bankverein von Kulisch, Kaempf & Co.,**
	„ „	Bankhause **Reinhold Steckner,**
„ **Hamburg**	„ der	**Norddeutschen Bank in Hamburg** (s. o.),
	„ „	**Vereinsbank in Hamburg,**
„ **Karlsruhe i. B.**	„ der	**Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G.,**
	„ dem	Bankhause **Veit L. Homburger,**
	„ „ „	**Straus & Co.,**
„ **Leipzig**	„ der	**Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt,** und bei deren **Abteilung Becker & Co.,**
„ **Magdeburg**	„ dem	Bankhause **Zuckschwerdt & Beuchel,**
„ **Mannheim**	„ der	**Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G.,**
„ **Meiningen**	„ „	**Bank für Thüringen vormals B. M. Strupp, Akt.-Ges.,**
„ **München**	„ „	**Baverischen Hypotheken- und Wechselbank,**
	„ „	**Bayerischen Vereinsbank,**
„ **Nürnberg**	„ „	**Bayerischen Disconto- und Wechsel-Bank A.-G.,**
„ **Quedlinburg**	„ dem	Bankhause **G. Vogler,**
„ **Stuttgart**	„ der	**Stahl & Federer A.-G.**

unter Beifügung eines einfachen Nummernverzeichnisses während der bei jeder Stelle üblichen Kassenstunden einzureichen.

2. a) auf je nom. 6000 M. Aktien des **Magdeburger Bank-Vereins** mit Gewinnanteilscheinen für 1917 ff. nebst Erneuerungsschein werden nom. 3600 M neue vollgezahlte Disconto-Kommanditanteile mit Gewinnberechtigung vom 1. Januar 1917 ab gewährt.

b) Auf je nom. 12 000 M. Aktien der **Westfälisch-Lippischen Vereinsbank** mit Gewinnanteilscheinen für 1917 ff. nebst Erneuerungsschein werden nom. 6000 M. Disconto-Kommanditanteile mit Gewinnberechtigung vom 1. Januar 1917 ab gewährt.

c) Auf je nom. 12 000 M. Aktien der **Westdeutschen Vereinsbank** mit Gewinnanteilscheinen für 1917 ff. nebst Erneuerungsschein werden nom. 6000 M. Disconto-Kommanditanteile mit Gewinnberechtigung vom 1. Januar 1917 ab und eine Barvergütung von 100 M. auf je 1000 M. Westdeutsche Vereinsbank-Aktien gewährt.

d) Auf die nom. 2000 M Aktien des **Gronauer Bankvereins** mit Gewinnanteilscheinen für 1917 ff. nebst Erneuerungsschein werden nom. 1200 M. Disconto-Kommanditanteile mit Gewinnberechtigung vom 1. Januar 1917 ab und eine Barvergütung von 100 M. auf je 1000 M. Gronauer Bankverein-Aktien gewährt.

e) Auf je nom. 2000 M. Aktien des **Rheiner Bankvereins** mit Gewinnanteilscheinen für 1917 ff. nebst Erneuerungsschein werden nom. 1200 M. Diskonto-Kommanditateile mit Gewinnberechtigung ab 1. Januar 1917 gewährt.

Wenn geringere Aktienbeträge als die unter a—e angegebenen zum Umtausch eingereicht werden, sind die Empfangsstellen bereit, den Zukauf fehlender und den Verkauf überschiessender Aktien oder den Umtausch dieser Posten, wie beispielsweise von nom. 3000 M. Magdeburger Bank-Verein-Aktien in nom. 1800 M. Diskonto-Kommanditanteile unter Verwertung der Spitze zu vermitteln. Auch den Umtausch geringerer Aktienbeträge bis zum Nennwert der umzutauschenden Aktien werden die Empfangsstellen nach Möglichkeit vermitteln. Soweit ein Umtausch nicht bewirkt wird, müssen die eingereichten Aktien, die den unter a—e jeweilig festgesetzten Nennwert nicht erreichen, zur Verwertung für Rechnung der Beteiligten zur Verfügung gestellt werden. Aktien, die bis zum 31. Januar 1918 bei keiner der obengenannten Stellen eingereicht worden sind, können nur noch bis zum 15. April 1918 einschliesslich bei der Direktion bei der Direction der Disconto-Gesellschaft in Berlin gemäss den vorstehenden Bestimmungen zum Umtausch eingereicht werden.

Bis zu dieser Frist nicht eingereichte Aktien werden gleichzeitig mit denjenigen Aktienbeträgen, die den unter a—e festgesetzten Nennwert nicht erreichen und nicht umgetauscht oder nicht zur Verwertung für Rechnung der Beteiligten zur Verfügung gestellt worden sind, gemäss § 290 HGB alsbald für kraftlos erklärt. Die an Stelle der kraftlosen Aktien tretenden Disconto-Kommanditanteile werden wir bestmöglich verkaufen und den Erlös den Beteiligten zur Verfügung stellen.

Berlin, im Januar 1918.

Direction der Disconto-Gesellschaft.

Dr. Salomonsohn. Dr. Russell. 15005

Badischer Frauenverein, Abteilung II.
Fröbelscher Kindergarten
Kriegstraße 100 2309
Anmeldungen werden täglich von 9—11 und 3—5 Uhr entgegengenommen

---

Klinische Untersuchungen
Magensaft — Urin — Auswurf — Stuhl — Sekret
Chem.-bakteriolog. Laboratorium Dr. Lindner, Karlsruhe, Kaiserstr. 80

Großh. Gymnasium.

Der Unterricht beginnt erst am 15. Januar.

N 4 Die Direktion.

Lessingschule.

Der Unterricht kann erst in 8 bis 10 Tagen wieder aufgenommen werden. Der Tag des Beginns wird durch die Zeitungen bekannt gegeben werden.

N 3 Die Direktion.

Bekanntmachung
über Ablieferung von Hülsenfrüchten.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß **Hülsenfrüchte (Erbsen, Bohnen, Linsen und Wicken) beschlagnahmt sind,** und daß **jeder Anbauer** aus der Ernte 1917 bis einschließlich 15. August 1918 **höchstens 10,5 Kilo** (einschl. Gemenge, in denen sich Hülsenfrüchte befinden) auf den Kopf der zu seinem Haushalt gehörenden Personen **verbrauchen** darf. Ferner darf er zur **Bestellung** der zu seinem Betriebe gehörigen Grundstücke zurückbehalten für das Ar an:

großen Viktoria-Erbsen und an Ackerbohnen	bis zu	6,00 Pfd.
sonstigen Erbsen und sonstigen Bohnen	„ „	4,00 „
Linsen	„ „	2,00 „
Saatwicken	„ „	2,00 „

Alle übrigen Mengen sind abzuliefern. Es ist dringend erforderlich, daß die Ablieferung **unverzüglich** vorgenommen wird; **die Hülsenfrüchte werden vor allem zur Ernährung der kämpfenden Truppen gebraucht.** Abzuliefern ist an die hiesige Firma N. J. Homburger, Kronenstraße 50 für Rechnung des Kommissionärs der Reichsgetreidestelle, der hiesigen Firma Wagner und Sohn, Durlacher Allee 9. Auch die bei der Reinigung des Getreides abfallenden Wicken sind abzuliefern, und zwar von jetzt an ebenfalls an die Firma N. J. Homburger (also nicht mehr an die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte).

Bei dieser Gelegenheit geben wir wiederholt bekannt, daß alle sich beim Vermahlen des Getreides ergebenden Abfälle den Selbstversorgern gehören; die Mühle darf nichts zurückbehalten. B. 2

Karlsruhe, den 2. Januar 1918.

Das Bürgermeisteramt.

Eins vom Hundert nur ist die Wahrscheinlichkeit, daß Ihr Lebensversicherungsantrag abgelehnt wird, wenn Sie ihn beim Allgemeinen Deutschen Versicherungs-Verein a. G. in Stuttgart einreichen. Schon 1916 wurden nur 5 von 100 Anträgen abgewiesen; jetzt nach Schaffung besonderer Einrichtungen für bisher nicht versicherbare Personen ist nur 1 Antrag von 100 nicht annahmefähig. Neuartig vorteilhafte Bedingungen für jede Gefahrenklasse. Bestand an Lebensversicherungsscheinen Ende 1917: 150 000. Falls Sie sich für unsere Neuerungen interessieren, so nennen Sie uns gefl. Ihr Geburtsdatum. 2357

Bei den
städtischen Handwagen-Vermietungsstellen

Gaswerk 1, Kaiserallee 11, Fernsprecher 5350 und
Adlerstraße 35, Fernsprecher Rathaus

stehen Handwagen mit Bedienung durch Schüler für die Beförderung von Kohlen, Holz, Kartoffeln, Obst und dergl. zur Verfügung.

Die **Miete** einschl. Bedienung beträgt **für 1 Stunde 75 Pf.;** sie ist **im voraus zu bezahlen.**

Bestellungen sind im Interesse einer geregelten Zuweisung der Wagen an die Besteller **am Tage vorher oder spätestens am Benützungstage bis vorm. 9 Uhr** anzubringen.

Das Bürgermeisteramt. B2

Neue Höhere Handelsschule Calw
i. Schwarzwald. **Schülerheim.** Gegründet 1908.
Bekannte erstklassige Unterrichts- und Erziehungsanstalt.

Real-Abteilung:	**Handels-Abteilung:**
6klassige Realschule m. Vorb. z. Einj.-Prüfung. Ausgez. Prüfungserfolge.	6monatliche Handelskurse Praktisches Uebungskontor Kriegsinv. Preisermäßigung

Gute Verpflegung auch während des Krieges. — Gesunde Höhen-Lage. — Prospekte und Auskunft durch die Direktoren **Zügel** und **Fischer.** 15107

Neuaufnahme 9. Januar 1918.

Großherzogl. Hoftheater. 2052
Montag, den 7. Januar, A 27 (rote Karten):
Die Braut von Messina.
Anfang 7 Uhr. Ende 9/10 Uhr.

GALERIE MOOS
Januar-Ausstellung
KARLSRUHER KÜNSTLER
Gemälde 1007
Graphik :-: Plastik.

Gebisse
kauft jeden **Dienstag,** per Stück von **10.— Mk.** an 1032
Frau Weineck, Karlstraße 37.
Bin amtl. berechtigte Aufkäuferin.

Greif Institut Detektiv
Schlossplatz 8, part.
E. Geugelin, früh. Polizeibeamter besorgt überall **Auskünfte, Ermittlungen, Beobachtungen** etc. Durchaus routiniert. **Telef. 1252.** 1022